



Ausschuss für Kommunalpolitik

31. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2802, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1630, 13/1634, 13/1733 und 13/1793

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion 1
- Sondersitzung zur Verabschiedung des GFG am 03. Dezember 2002, 14 Uhr 2

2	Tarifliche Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen (Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen – TariftG NRW)	3
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2965 Ausschussprotokoll 13/689	
	– Diskussion	3
	– Ergebnis: <i>kein Votum</i>	4
3	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verändern	4
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/2279 Ausschussprotokoll 13/634	
	– Diskussion	4
	– Ergebnis: <i>abgesetzt</i>	4
4	Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz – LHundG NRW)	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2387 Ausschussprotokoll 13/562	
	– Diskussion	5
	– Ergebnis: <i>kein Votum</i>	5
5	Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes	5
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/2505	
	– Diskussion	5
	– Ergebnis: <i>verschoben</i>	6

- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV Regionalisierungsgesetzes NW) 6**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706
- Ausschussprotokoll 13/637
- Diskussion 6
 - Ergebnis: *kein Votum* 6
- 7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes 7**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2854
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 7
- 8 Das Kleingartenwesen in NRW braucht Zukunft 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *verschoben* 7
- 9 Deponie-Ranking für NRW bringt Planungssicherheit 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3046
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 8

Ausschuss für Kommunalpolitik

27.11.2002

31. Sitzung (öffentlich)

rß

- 10 Betreutes selbstständiges Wohnen für Menschen mit Behinderungen ausbauen – Zuständigkeit in eine Hand 8**
- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/2379
- Ausschussprotokoll 13/648
- Diskussion 8
 - Abstimmungsergebnis: *beschlossen* 9
- 11 Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen 9**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/896
- Ausschussprotokoll 13/387
- Abschließende Beratung und gegebenenfalls Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- in Verbindung damit
- 12 Landesnachweis „Engagiert im Ehrenamt“ auch auf kulturelle, sportliche und andere ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2492
- Diskussion 10
 - Ergebnis: *verschoben* 10
- 13 Bahnflächenpool 10**
- Bericht der Landesregierung zum Sachstand –
 - Bericht durch LMR Collinet (MSWKS) 10
 - Diskussion 11

14	Evaluierung des Modellversuchs Migrationsausschüsse durch das Landeszentrum für Zuwanderung	14
	– Bericht der Landesregierung –	
	– Bericht durch MDgt Winkel (IM)	14
15	Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG); Änderungsverordnung für das Schuljahr 2003/2004	15
	Vorlage 13/1796	
	– Abstimmungsergebnis: <i>beschlossen</i>	15
16	Verschiedenes	15
	– Ausschussreise in die USA	15
	– Ergebnis	15
	– Verkauf von Schulgebäuden?	16
	– Ergebnis	16

* * *

Aus der Diskussion**1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2802, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1630, 13/1634, 13/1733 und 13/1793

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, Gegenstand der Beratung sei der Gesetzentwurf in der Fassung der ersten und jetzt zugeleiteten zweiten Ergänzung der Landesregierung, Drucksachen 13/3150 und 13/3250, einschließlich die vervollständigenden und berichtigen Vorlagen des Innenministers – Vorlagen 13/1733 und 13/1793.

Heinz Wirtz (SPD) unterbreitet den Verfahrensvorschlag, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu behandeln. Innerhalb des GFG hätten sich aufgrund der neuen Steuerschätzung wesentliche Veränderungen ergeben, die dem Ausschuss jetzt erst bekannt geworden seien; man tue sich ein wenig schwer, den Haushalt einschließlich der jetzt vorliegenden zweiten Ergänzungsvorlage zu beraten. Da der HFA am Donnerstag der kommenden Woche abschließend tagen werde, müsse der Zeitplan eingehalten werden. Er beantrage daher, für den Dienstag kommender Woche eine Sondersitzung zu diesem Punkt einzuberufen.

Manfred Palmén (CDU) bezeichnet diesen Vorschlag als den richtigen Weg, um sich im Detail damit einmal befassen zu können. Heute morgen erst sei bekannt geworden, dass die Schlüsselzuweisungen überrollt würden, aber von den Schlüsselmassen 4,4 % – etwa 260 Millionen € – investiv ausgewiesen würden, die dann in den Verwaltungshaushalten fehlten. Die Investitionspauschale werde von rund 285 Millionen € im Regierungsentwurf auf 23 Millionen € gekürzt. Das betrachte er als eine Änderung des Verteilungssystems.

Es gebe 24 Städte und Gemeinden, die keine Schlüsselzuweisungen bekämen; bei denen fiel jetzt auch noch die Investitionspauschale weg. Diese Problematik wolle sich seine Fraktion einmal genauer ansehen und informiert werden, wie sich das auf den ländlichen Raum auswirke.

Im Übrigen sehe Anlage 9 der Geschäftsordnung des Landtages eine Beteiligungspflicht der kommunalen Spitzenverbände für den Fall einer wesentlichen Änderung zwischen dem Regierungsentwurf der ersten Lesung und jetzt vor. Diese müssten insoweit befragt werden.

Er betrachte diese Veränderungen als Taschenspielertrick, da draußen der Eindruck erweckt werde, als würden sich die Schlüsselzuweisungen nicht ändern, da sie überrollt würden. In Wirklichkeit gebe es da aber eine so genannte Befrachtung von 258 Millionen €, da dieser Betrag investiv gebunden werden solle, sodass in den Kommunen entsprechend vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt der Kommunen umgeschichtet werden müsse. Er verstehe zwar das Anliegen des Finanzministers, aber man wolle dieses Thema gerne mit einer Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände beraten.

Ewald Groth (GRÜNE) stimmt Herrn Palmen zu, dass selbstverständlich die Verbände angehört werden müssten, auch wenn dies nur schriftlich möglich sei. Er sehe auch, dass es im kreisangehörigen Raum im nächsten Jahr sehr viel weniger Geld geben werde, und zwar dadurch, dass nicht bei den Schlüsselzuweisungen – darüber müsse man sicherlich reden –, aber bei den Investitionspauschalen gekürzt werde. Es stelle sich die Frage, wie transparent dieses Vorgehen gemacht werden könne, bei dem es sich nach seiner Auffassung nicht um einen Taschenspielertrick handele. Auch im Lande werde man zur Kenntnis nehmen müssen, wie die Zahlen am Ende sein würden. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation empfehle es sich, die ausgiebige Beratung und Abstimmung auf den Dienstag zu verschieben.

Christof Rasche (FDP) spricht sich auch für die Vertagung aus.

Vorsitzender Jürgen Thulke schlägt vor, dass die kommunalen Spitzenverbände und die Landschaftsverbände heute noch auf die schnellstmögliche Art und Weise die zweite Ergänzungsvorlage zur Stellungnahme erhalten und gebeten würden, bis möglichst Montag Nachmittag Ihre schriftliche Stellungnahme dem Landtag zuzuleiten.

Des Weiteren weist er auf die Ziffer 8 in den Richtlinien über die Berichterstattergespräche – siehe Anlage 3 der Geschäftsordnung – hin, die vorsehe, dass die Anträge am Freitag vor der abschließenden Sitzung des HFA zur zweiten Lesung des Haushalts vorliegen müssten. Da das nicht mehr eingehalten werden könne, bitte er darum, dass die einzelnen Fraktionen ihre Finanzkollegen signalisierten, dass sich der Beratungsfahrplan des AKo aus oben diskutierten Gründen zwangsläufig verschieben müsse.

Die **Sondersitzung** werde er für den **Dienstag, den 3. Dezember, 14 Uhr** ansetzen.

Minister Dr. Fritz Behrens (IM) informiert den Ausschuss darüber, dass er die kommunalen Spitzenverbände vor der Kabinettsberatung am Mittwoch/Donnerstag letzter Woche über die zweite Ergänzungsvorlage informiert habe. Seinerzeit sei noch beabsichtigt worden, 453 Millionen €, statt der jetzt vorgesehenen 366 Millionen € aus dem Steuerverbund herauszunehmen. Die zur Debatte stehenden Alternativen habe die Landesregierung den kommunalen Spitzenverbänden dargestellt. Das betreffe auch die investiven Schlüsselzuweisungen. Nach Absicht der Landesregierung solle es sich hierbei um eine einmalige Aktion halten, die nicht wiederholt werden solle, aber in diesem Jahr unumgängliche sei, um der unterschiedlichen Notlage der Kommunen im Lande Rechnung zu tragen. Er hoffe, dass sich die finanzielle Lage bei den nächsten Haushaltsberatungen zum GFG wieder besser darstelle.